

Liebe Leserinnen und Leser,

in **Frankreich** werden ab 1. August 2012 Transaktionen mit Aktien großer französischer Unternehmen, davon abgeleitete Derivate, bestimmte Transaktionen des Hochfrequenzhandels sowie ungedeckte Kreditausfallversicherungen auf Staatsanleihen besteuert. Ein Schritt in die richtige Richtung, aber kein Grund zum Jubeln: Die Steuer wird jährlich nur etwa 1 Mrd. Euro einbringen und soll allein zur Haushaltskonsolidierung verwendet werden. Unter Präsident Sarkozy und Finanzministerin Christine Lagarde war erst zum 1. Januar 2008 eine Steuer auf bestimmte Finanztransaktionen abgeschafft worden.

Auf **europäischer Ebene** kam es im Februar zu keiner Entscheidung. In der Debatte um angebliche Wachstumseinbußen und die Belastung von Kleinsparern hat EU-Steuerkommissar Semeta überraschend deutlich Einwände der Kritiker zurückgewiesen. Am 13.3. ist beim nächsten Ecofin, dem Treffen der europäischen Finanzminister, ein intensiver Meinungsaustausch angesetzt.

Union und FDP sind weiter uneins, ob sie eine Finanztransaktionssteuer auch ohne Zustimmung der Briten einführen wollen oder nicht.

SPD und Grüne kündigten derweil an, die Zustimmung zum Fiskalpakt an eine Finanztransaktionssteuer knüpfen zu wollen. Mit den Einnahmen solle die europäische Konjunktur stimuliert werden.

Mehr dazu im nächsten Newsletter.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Finanztransaktionssteuer im Bundestag
- Finanztransaktionssteuer im ECON-Ausschuss des Europaparlaments
- Online-Petition zum Ecofin
- Neue Studien und Stellungnahmen
- Kampagnenaktivitäten

Entwicklungen im Inland:

24. Februar: Die künftige Wirtschaftsweiserin [Claudia Buch](#) ist skeptisch gegenüber einer Finanztransaktionssteuer. Warum, wird nicht so recht klar.

23. Februar: Zwei Drittel der Nutzer des Internetportals [Boersennews.de](#) unterstützen eine Finanztransaktionssteuer.

22. Februar: Das [Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung \(DIW\)](#) hält den Entwurf der EU für eine Finanztransaktionssteuer für tauglich und besser durchdacht als die britische Stempelsteuer.

22. Februar: 25 Mitglieder der Jusos nehmen als Robin Hoods am [Rosenmontagszug](#) in Marpingen zur Unterstützung der Steuer gegen Armut teil.

21. Februar: [Alexander Alvaro \(FDP\)](#), Vizepräsident des EU-Parlaments, kritisiert die Blockade der FDP gegen die Finanztransaktionssteuer. Diese könne auch ohne Großbritannien eingeführt werden.

7. Februar: Finanzprofessor [Max Otte](#) sieht keine Belastung der Kleinsparer durch die Finanztransaktionssteuer: "Die Finanztransaktionssteuer beläuft sich höchstens auf fünf Prozent von dem, was sich die Banken vom Anlegervermögen im selben Zeitraum reinziehen".

6. Februar: Die [hessische Gemeinde Cölbe](#) unterstützt als 15. Kommune per Gemeinderatsresolution die Ziele der Kampagne Steuer gegen Armut.

4. Februar: Der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion [Peter Altmaier](#) begrüßt den französischen Vorstoß für eine abgespeckte Finanztransaktionssteuer.

4. Februar: Der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts [Ferdinand Kirchhof](#) fordert eine Finanztransaktionssteuer.

1. Februar: SPD-Fraktionschef [Steinmeier](#) möchte mit den Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer Wachstumsprogramme für die Krisenstaaten der Eurozone finanzieren.

Entwicklungen im Ausland:

29. Februar: Die [französische Nationalversammlung](#) beschließt endgültig die Einführung einer Steuer auf bestimmte Finanztransaktionen zum 1. August 2012.

29. Februar: Vorschläge aus dem [Europaparlament](#) fordern eine breitere Anwendung der Finanztransaktionssteuer und stärkere Maßnahmen gegen Steuervermeidung (Entwurf für eine parlamentarische EntschlieÙung unter Federführung von Anni Podimata).

29. Februar: [Europäische Gewerkschaften](#) protestieren gegen die Austeritätspolitik und fordern eine Finanztransaktionssteuer.

29. Februar: Der schwedische Premierminister [Fredrik Reinfeldt](#) bekräftigt seine Bedenken gegen eine Finanztransaktionssteuer.

23. Februar: Carwyn Jones, der [Regierungschef von Wales](#), unterstützt die Pläne zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

23. Februar: Der [französische Senat](#) lehnt die Pläne für eine abgespeckte französische Finanztransaktionssteuer ab - kann von der Nationalversammlung aber noch überstimmt werden.

20. Februar: Die [Mailänder Börse](#) will Hochfrequenzhändler mit einer neuen Gebühr bremsen.

17. Februar: [Island](#) benötige eine Tobin-Steuer, wenn es seine eigene Währung behalten wolle, so das Mitglied der isländischen Zentralbank Gylfi Zoega.

17. Februar: Der [Ausschuss der Regionen](#), die Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter der EU, fordert eine sofortige Finanztransaktionssteuer - notfalls im Wege der verstärkten Zusammenarbeit.

16. Februar: EU-Steuerkommissar [Algirdas Semeta](#) wirbt in Großbritannien mit Einnahmen von 10 Milliarden Pfund für die Finanztransaktionssteuer.

16. Februar: Der österreichische Ökonom [Stephan Schulmeister](#) hält die französische

Finanztransaktionssteuer für eine Mogelpackung.

16. Februar: Die [französische Nationalversammlung](#) berät über den Gesetzesvorschlag für eine französische Steuer auf bestimmte Finanztransaktionen.

13. Februar: Österreichs Finanz-Staatssekretär [Andreas Schieder](#) wäre bereit, die Finanztransaktionssteuer auch ohne die Zustimmung aller EU- oder Eurostaaten in einer Koalition der willigen Staaten einzuführen.

12. Februar: Die [britische Finanzlobby](#) wendet sich in einem gemeinsamen Brief gegen die Finanztransaktionssteuer.

10. Februar: Die [indische Regierung](#) nimmt von einer neuen Steuer auf Waretermingeschäfte Abstand.

10. Februar: [Österreich](#) will nun vorerst doch keine nationale Finanztransaktionssteuer einführen. Allerdings rechnet die Regierung ab 2014 mit Einnahmen aus einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer.

9. Februar: Das [französische Kabinett](#) billigt den Entwurf für eine nationale Steuer auf bestimmte Finanztransaktionen.

8. Februar: Die [EU-Kommission](#) verfolgt weiter eine Finanztransaktionssteuer in der gesamten EU.

8. Februar: Auch [Österreich](#) ist zu einer nationalen Finanztransaktionssteuer bereit, die 2014 in Kraft treten könnte, so Gerüchte aus Regierungskreisen.

8. Februar: EU-Binnenkommissar [Michel Barnier](#) wirbt für die EU-weite Zustimmung zur Finanztransaktionssteuer: "Die Steuer wäre wirtschaftlich zu ertragen, technisch einfach und politisch gerecht".

8. Februar: Neun [EU-Staaten](#) wollen die zügige Einführung einer Finanztransaktionssteuer und fordern die dänische Ratspräsidentschaft auf, die entsprechende Richtlinie im ersten Halbjahr 2012 zur ersten Lesung zu bringen. Die Unterzeichner sind Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien, Österreich, Spanien, Finnland, Griechenland und Portugal.

8. Februar: Der [Ausschuss für Wirtschaft und Währung](#) des Europaparlaments diskutiert mit Experten über die richtige Ausgestaltung der Finanztransaktionssteuer.

8. Februar: Das [französische Kabinett](#) legt einen Vorschlag zur Einführung einer nationalen Steuer auf bestimmte Finanztransaktionen vor.

7. Februar: [Supachai Panitchpakdi](#), der Chef der UN-Organisation für Handel und Entwicklung (UNCTAD), begrüßt die Pläne der EU für eine Finanztransaktionssteuer.

6. Februar: Die [niederländische Zentralbank](#) kritisiert die Pläne der EU-Kommission zur Einführung der Finanztransaktionssteuer.

3. Februar: Die [EU-Kommission](#) kritisiert die Panikmache mit Zahlen aus ihrer Folgenabschätzung und wird dazu eine neue Folgenabschätzung durchführen. Die Steuer würde nicht das Wachstum gefährden oder Arbeitsplätze kosten.

2. Februar: 58 Prozent der Europaparlamentarier und 65 Prozent der Brüsseler Meinungsführer unterstützen die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, so eine [Umfrage](#).

1. Februar: [EU-Kommissar Algirdas Semeta](#) startet eine Medienoffensive in europäischen Zeitungen: Es sei unverantwortlich, angesichts einer Finanztransaktionssteuer Ängste zu schüren. Die Steuer wird mehr Gerechtigkeit und erhebliche zusätzliche Einnahmen bringen, so Semeta in der Süddeutschen Zeitung..

Finanztransaktionssteuer im Bundestag

Im Rahmen der Abstimmung am 27. Februar zu den Finanzhilfen für Griechenland machten sich Abgeordnete der drei Oppositionsfraktionen für eine Finanztransaktionssteuer stark. Damit wird abermals Druck erzeugt, die Steuer zügig einzuführen. Leider geriet dabei die Mittelverwendung für weltweite Armutsbekämpfung sowie Umwelt- und Klimaschutz in den Hintergrund.

Im Wortlaut:

Entschließungsantrag der SPD-Fraktion (Btg.-Drs. 17/8738; Forderungsteil):

Die Staatengemeinschaft des Euro-Währungsgebietes muss gemeinsam mit Kommission und EZB einen Marshallplan für Griechenland und Südeuropa erarbeiten, der alsbald in Kraft tritt und auch mit Hilfe europäischer Finanzmittel einen nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung in Griechenland ermöglicht. Ohne einen nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung ist eine solide Schuldentragfähigkeit in Zukunft nicht gegeben. Dieser Marshallplan ist dabei ganz wesentlich aus der Besteuerung der Spekulationen an den Finanzmärkten durch eine Finanztransaktionssteuer mitzufinanzieren.

Entschließungsantrag der Grünen-Fraktion (Btg.-Drs. 17/8737; Forderungsteil):

Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene,

- die den Finanzsektor an den Kosten beteiligt und
- der europäischen Union finanziellen Spielraum verschafft, um wirtschaftliche Impulse zu setzen.

Entschließungsantrag von sieben Abgeordneten der LINKEN (Btg.-Drs. 17/8743; in Begründung):

Neben der einmaligen Vermögensabgabe sind eine europaweite Millionärssteuer, eine Finanztransaktionssteuer, sowie eine sozial gerechte Steuerreform notwendig, um ein europaweites Investitionsprogramm zu finanzieren.

Zur Bundestagsdebatte:

http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/37891787_kw09_sp_griechenland/index.html

Finanztransaktionssteuer im ECON-Ausschuss des Europaparlaments

Das Europäische Parlament besitzt in Steuerfragen nur sehr eingeschränkte Rechte. Seinen Wunsch zur Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer hat es in Stellungnahmen mehrfach kundgetan. Im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) wurde nun am 29. Februar ein Entwurf für eine Entschließung des Europaparlaments behandelt.

Der unter Federführung der griechischen Europaparlamentarierin Anni Podimata erstellte Entwurf begrüßt darin den Kommissionsvorschlag. Der Finanzsektor könne mit der Steuer an den Kosten der von ihm verursachten Krise beteiligt werden. Die Finanztransaktionssteuer sei auch eine Antwort auf den explosionsartige Anstieg von Finanztransaktionen, die vielen kurzfristigen Geschäften und hochspekulativen, riskanten Transaktionen. Die Mehrzahl der Mitgliedstaaten sei kaum in der Lage,

Wachstum, nachhaltige und soziale Entwicklung, Klimaschutz und Entwicklungshilfe zu finanzieren. Dies seien Gründe für eine Einführung der Finanztransaktionssteuer.

Ein Teil des Steuerkommens soll als EU-Eigenmittel behalten werden, die an bestimmte politische Maßnahmen und öffentliche Güter der EU gebunden werden könnten. Explizit genannt werden die Finanzierung von Entwicklungshilfe, Klimaschutz, nachhaltige Entwicklung und Sozialmaßnahmen. An einer anderen Stelle wird bemerkt, dass die Einnahmen zur Haushaltskonsolidierung und insbesondere zum Ankurbeln von Wachstum genutzt werden können.

Bisher sieht der Richtlinienentwurf vor, dass alle Transaktionen von Akteuren aus der EU besteuert werden (Ansässigkeitsprinzip). Der ECON-Ausschuss schlägt vor, die Steuerpflicht auch auf alle Finanzinstrumente auszudehnen, die von einer juristischen Person in der EU ausgegeben wurden (Ausgabeprinzip). Dieses Prinzip wird von der britischen Stempelsteuer erfolgreich angewandt und ließe sich neben Aktien auch einfach auf Anleihen anwenden. Bei Derivaten solle das Kriterium dann als erfüllt gelten, wenn der Bezugswert oder das zugrunde liegende Instrument in der EU herausgegeben wurde.

Die Umgehungsmöglichkeiten sollen nach Willen des ECON-Ausschusses dadurch verringert werden, dass Finanztransaktionen wie bei der britischen Stempelsteuer erst mit Zahlung der Steuer Rechtskraft erhalten. Ein unbesteuertes Produkt käme darüber hinaus weder für ein zentrales Clearing in Frage in Frage noch würde es bei den Eigenkapitalanforderungen anerkannt.

Zum ["Entwurf eines Berichts über den Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über das gemeinsame Finanztransaktionssteuersystem und zur Änderung der Richtlinie 2008/7/EG"](#)

Die Parlamente von Schweden, Malta und Zypern haben zum Kommissionsentwurf begründete Stellungnahmen vorgelegt, die ebenfalls Gegenstand der Beratungen im Ausschuss waren. Der schwedische Riksdag kritisiert, dass es sich seines Erachtens bei dem Vorschlag nicht nur um eine Harmonisierung, sondern um die Erhöhung der Einnahmen der EU handele. Das maltesische Parlament lehnt die Steuer ab, da es eine solche bereits in einigen Mitgliedstaaten gäbe. Außerdem würden der Kommission zusätzliche Gesetzgebungsbefugnisse eingeräumt, die die Souveränität der Mitgliedstaaten aushöhle. Das zypriotische Parlament begründet seine Ablehnung mit der möglichen Verlagerung des Handels sowie damit, dass die Kommission als rechtliche Grundlage Art. 113 AEUV (Binnenmarkt) gewählt habe, dies aber nicht das vorrangige Ziel des Richtlinienvorschlags sei. (Quelle hierzu: Bericht aus Brüssel, Deutscher Bundestag, Nr. 4/2012)

Online-Petition zum Treffen der EU-FinanzministerInnen am 13. März

Die EU-FinanzministerInnen verhandeln am 13. März im Ecofin-Rat über die europäische Finanztransaktionssteuer.

Mit einem von der österreichischen Arbeiterkammer initiierten Onlineportal könnt ihr die TeilnehmerInnen dazu auffordern, die Finanztransaktionssteuer zu unterstützen. Dafür gibt es drei Aufrufe:

- Fordere die GegnerInnen der EU-FTT auf, umzudenken!
- Unterstütze die BefürworterInnen darin, stark zu bleiben!
- Erkläre den Schwankenden, warum sie dafür sein sollen!

Zur Online-Petition:

<http://www.financialtransactiontax.eu/de/home>

Neue Studien und Stellungnahmen

Stephany Griffith-Jones und Avinash Persaud: Financial Transaction Taxes

Die im Februar vorgelegte und im Europaparlament diskutierte Studie widmet sich den beliebtesten Argumenten einiger EU-Regierungen gegen die Finanztransaktionssteuer, insbesondere Auswirkungen auf Wachstum und Fragen der Steuerumgehung.

Die Autoren argumentieren, dass sich die Finanztransaktionssteuer positiv auf das Wachstum in der EU auswirken dürfte. Statt der von der EU-Kommission genannten, inzwischen aber revidierten Zahl zu Wachstumseinbußen sei ein langfristiger Zuwachs des BIP von mindestens 0,25 % erreichbar. Dies hat drei Gründe: Mit der Finanztransaktionssteuer sinkt die Wahrscheinlichkeit künftiger Krisen, weil systemische Risiken und auf Trends aufsattelnde Handelsvorgänge (beim Hochfrequenzhandel) zurückgehen. Die Steuer wäre ein Finanzierungsmittel zur Haushaltskonsolidierung oder von Investitionen in Wachstum und Beschäftigung. Die Finanztransaktionssteuer könnte auch eine Verringerung anderer Steuern bewirken und entsprechend Konsum und Nachfrage stärken.

Die von der Kommission vorgeschlagene Besteuerung nach der Herkunft der Transaktionsparteien sei eine wirksame Maßnahme gegen Steuervermeidung, die durch eine Besteuerung nach der Herkunft des Emittenten ergänzt werden könnte. Die Besteuerung von Derivaten sei wesentlich unproblematischer, als gemeinhin behauptet wird. Auch wenn letzten Endes Steuervermeidung nicht hundertprozentig ausgeschlossen werden könne, sei dies noch kein Argument gegen die Steuer: Bei der US-Einkommenssteuer führe die Nichteinhaltung von Steuervorschriften zu Ausfällen von 18 Prozent - trotzdem fordere kaum jemand, diese Steuer abzuschaffen.

Zur Studie:

<http://www.stampoutpoverty.org/?lid=11529>

DIW-Wochenbericht: Finanztransaktionssteuer: kurzfristigen Handel verteuern, Finanzmärkte stabilisieren

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), das größte deutsche Wirtschaftsforschungsinstitut, begrüßt in einer Stellungnahme die Vorschläge der EU-Kommission zur Finanztransaktionssteuer. Der Beitrag von Prof. Dorothea Schäfer erläutert zunächst die ökonomische Funktion der Steuer. Die Finanztransaktionssteuer sei der britischen Stempelsteuer klar überlegen, da sie krisenhaften Entwicklungen vorbeugen und den Hochfrequenzhandel eindämmen kann. Die französische Finanztransaktionssteuer sei eher ein Rückschritt als ein Fortschritt und ein klares Wahlkampfmanöver. Die Pläne der EU zur Einrichtung zentraler Clearingstellen würden Licht ins "Dunkel des Schattenhandels" bringen und den Steuereinzug erleichtern.

Interessant und neu ist eine Berechnung zur Belastung von Fondssparern. Eine Grafik stellt dar, dass die Steuerlast gegenüber den Verwaltungskosten vernachlässigbar ist und nur bei einer hohen Umschlagshäufigkeit höhere Belastungen entstehen. Die Finanztransaktionssteuer ist daher keine Gefahr für den Anleger, sondern für eine Gruppe von Fondsmanagern. Die Studie bringt auch einen Überblick zu weltweit bestehenden Steuern auf Finanztransaktionen.

Dorothea Schäfer schlägt vor, die Steuerpflicht von vornherein an das Sitzland der Muttergesellschaft

anzubinden. Dies könne verhindern, dass international tätige Finanzinstitute ihre Transaktionen über Tochtergesellschaften außerhalb der EU durchführen.

Zur Studie und zur Pressemitteilung des DIW:

http://www.diw.de/de/diw_01.c.393410.de

/eu_finanztransaktionssteuer_kann_auswuechse_der_finanzmaerkte_eindaemmen.html

WEED: Neues Factsheet zu verbreiteten Einwänden gegen FTS

Ein neues Faktenblatt von WEED analysiert beliebte Vorbehalte gegen die Steuer und widerlegt die Kritik der Gegner. Die aufgegriffenen Gegenargumente:

1. „Die FTS führt zu Wachstumsrückgang und Arbeitslosigkeit“
2. „Die FTS trifft vor allem die Realwirtschaft“
3. „Die FTS trifft die kleinen Rentner und Sparer“
4. „Die FTS ist leicht zu umgehen und führt zu Abwanderung“

Zum Faktenblatt hier:

<http://www.weed-online.org/themen/5565400.html>

Kampagnenaktivitäten

Malen fürs Zahlen: Das Bilderbuch zur „Steuer gegen Armut“

Robin Hood, der legendäre Kämpfer für Gerechtigkeit, ist die Symbolfigur der weltweiten Bewegung, die eine Einführung einer Finanztransaktionssteuer fordert.

In der Reihe „Malen fürs Zahlen“ der Kampagne setzen ab sofort bekannte und (noch) unbekannt Karikaturisten, Zeichner und Illustratoren die Kampagnenfigur Robin Hood in Szene. Mit kleinen Zeichnungen, die später zu einem „Bilderbuch zur ‚Steuer gegen Armut‘“ zusammenwachsen, wird deutlich, dass die Steuereinnahmen für mehr internationale Gerechtigkeit, Solidarität und Verlässlichkeit eingesetzt werden müssen.

Den Anfang machte am 20. Februar, dem Internationalen Tag für Soziale Gerechtigkeit, der Illustrator Aleks von Sputto von der [Pleasuregang](#). Er zeigt klar: Es ist Zeit für einen sozialen Ausgleich!

Zum ersten Cartoon in der Reihe:

<http://www.oxfam.de/news/120220-malen-fuers-zahlen-bilderbuch-zur-steuer-gegen-armut>

Pressemitteilungen

7. Februar: Frankreich macht bei Finanztransaktionssteuer Schritt in die richtige Richtung. Nachbesserung erforderlich / Bundesregierung muss sich jetzt für Einführung in der ganzen Euro-Zone einsetzen

Die Kampagne begrüßt die Bereitschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel, eine Finanztransaktionssteuer notfalls auch in der Eurozone einzuführen. Die FDP agiert dagegen dogmatisch und sachlich ungerechtfertigt. Die Bundesregierung solle sich aber auch ein Beispiel an den französischen Vorschlägen nehmen, die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung

von Entwicklung zu verwenden.

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org und auf [Facebook](#)

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac.